Rede des Bürgermeisters zum

Volkstrauertag am 15. November 2026

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

zur diesjährigen Gedenkstunde anlässlich des Volkstrauertages heiße ich Sie hier in unserer Friedhofskapelle herzlich willkommen.

Wie in jedem Jahr sind wir heute zusammengekommen, um der Opfer von Krieg, Gewaltherrschaft und politischer Verfolgung zu gedenken.

Wir erinnern an die Millionen Menschen, die in den beiden Weltkriegen ihr Leben verloren haben. An gefallene Soldaten, an ermordete und vertriebene Zivilisten, an die Opfer des Nationalsozialismus und an diejenigen, die wegen ihres Glaubens, ihrer Herkunft oder ihrer Überzeugungen verfolgt und getötet wurden.

Wir denken an Kinder, die nie erwachsen werden durften. An Frauen, die Gewalt und Erniedrigung erleiden mussten. An Männer, die aus dem Krieg zurückkehrten, aber innerlich nie wieder zu Hause ankamen.

Und wir denken an diejenigen, die überlebt haben, deren Leben aber für immer von Angst, Verlust und schrecklichen Erinnerungen geprägt blieb.

Der Volkstrauertag erinnert uns daran, dass Kriege nicht nur Leben vernichten. Sie zerstören Familien, nehmen Menschen ihre Heimat und hinterlassen Wunden, die oftmals über Generationen hinweg nicht verheilen.

Gerade hier auf unserem Friedhof, wo wir auch unserer eigenen Verstorbenen gedenken, wird deutlich, dass hinter den großen historischen Ereignissen und den Millionen von Opfern immer einzelne Menschen und persönliche Schicksale stehen.

190 Tote beider Weltkriege haben hier ihre letzte Ruhestätte gefunden. Deutsche Soldaten ebenso wie russische Kriegsgefangene. Junge Männer, die fern ihrer Heimat starben, manche durch Kampfhandlungen, andere durch Hunger, Krankheit und Entkräftung.

Wir erinnern auch an die beiden polnischen Kriegsgefangenen, die nach einem Fluchtversuch im Mai 1942 hier auf Norderney erschossen wurden.

Und wir erinnern daran, dass auf diesem Friedhof einst auch amerikanische, britische und französische Soldaten bestattet waren, bevor sie nach dem Krieg in ihre Heimatländer überführt wurden.

Menschen aus Nationen, die sich damals als Feinde gegenüberstanden und die heute unsere Freunde und Verbündeten sind.

Was einst unvorstellbar schien, ist heute gelebte Wirklichkeit. Doch diese Entwicklung war keineswegs selbstverständlich. Sie ist das Ergebnis von Versöhnung, Verständigung und dem festen Willen, die Fehler der Vergangenheit nicht zu wiederholen.

Welche verheerenden Folgen es hat, wenn der Frieden zerbricht, hat sich im vergangenen Jahrhundert auf grausamste Weise gezeigt.

Das Ausmaß der beiden Weltkriege übersteigt bis heute unsere Vorstellungskraft. Rund 10 Millionen Tote im Ersten Weltkrieg, etwa 55 Millionen im Zweiten Weltkrieg. Hinter diesen kaum fassbaren Zahlen stehen unzählige persönliche Schicksale, die in der historischen Betrachtung allzu leicht in den Hintergrund geraten.

Das eigentlich Unfassbare liegt nicht allein in der Zahl der Opfer, sondern auch in der Erkenntnis, wie schnell menschliche Zivilisation ihre eigenen Werte preisgeben kann. Wie aus Nachbarn Feinde werden, aus Vorurteilen Hass und aus politischem Machtstreben grenzenlose Gewalt. Die Geschichte der beiden Weltkriege führt uns schmerzlich vor Augen, wie zerbrechlich Menschlichkeit, Frieden und Freiheit sein können. Und dass selbst eine hochentwickelte Gesellschaft davor nicht gefeit ist, in die Barbarei zurückzufallen.

Mit dem Ende des Zweiten Weltkrieges im Mai 1945 schwiegen endlich die Waffen. Doch das Leid war damit keineswegs vorbei.

Millionen Menschen hatten ihre Angehörigen verloren, ihre Häuser, ihre Heimat. Ganze Städte lagen in Trümmern. Hunger, Krankheit und bittere Armut bestimmten den Alltag. Viele waren über Jahre auf der Flucht.

Und doch begann aus dieser Verwüstung heraus etwas, das angesichts der vorangegangenen Katastrophe kaum vorstellbar schien.

Ein neues, demokratisches Deutschland entstand. Aus ehemaligen Feinden wurden Partner. Aus zum Teil jahrhundertelangen Rivalitäten entwickelte sich die europäische Einigung.

Vor allem aber wuchs eine Überzeugung, die unser Land über Jahrzehnte geprägt hat.

Nie wieder Krieg. Nie wieder Diktatur. Nie wieder die Verachtung menschlichen Lebens.

Diese Erkenntnisse sind nicht von selbst entstanden. Ihnen gingen die bittersten Erfahrungen unserer Geschichte voraus.

Und heute müssen wir feststellen, dass vieles von dem, was wir für überwunden hielten, auf erschreckende Weise zurückgekehrt ist.

Seit fast fünf Jahren führt Russland einen Angriffskrieg gegen die Ukraine.

Mitten in Europa werden wieder Städte bombardiert, Grenzen gewaltsam infrage gestellt und Menschen ermordet oder aus ihrer Heimat vertrieben.

Nach aktuellen Studien hat der russische Angriffskrieg auf beiden Seiten bislang bis zu 600.000 Soldaten das Leben gekostet. Weitere rund 1,4 Millionen Soldaten gelten als verwundet oder vermisst. Hinzu kommen Zehntausende getötete und verletzte Zivilisten.

Wohnhäuser, Krankenhäuser und Einrichtungen der Energieversorgung werden gezielt und rücksichtslos angegriffen. Dahinter steckt nicht nur militärische Zerstörungskraft, sondern auch das Kalkül, die Lebensgrundlagen der Menschen systematisch zu vernichten. Ganze Ortschaften liegen inzwischen in Trümmern. Millionen Menschen sind vor dem Krieg geflohen, Familien wurden auseinandergerissen, und für viele ist eine Rückkehr in ihre Heimat bis heute nicht absehbar.

Während wir heute hier in Sicherheit zusammenkommen, suchen Menschen in der Ukraine Nacht für Nacht Schutz vor Bomben und Raketen. Kleine Kinder kennen keinen Alltag ohne Luftalarm. Und viele Eltern leben mit der quälenden Ungewissheit, ob ihre Familie den nächsten Tag unversehrt überstehen wird.

Was für uns der Vergangenheit angehört, ist für andere Menschen heute grausame Wirklichkeit. Jeden Tag, auch heute, in genau dieser Stunde. Mitten in Europa, nicht weit von uns entfernt.

Es stimmt nachdenklich, dass uns seit Jahren ununterbrochen Nachrichten über Tod, Zerstörung und unermessliches menschliches Leid erreichen, ohne dass sie noch jene Betroffenheit auslösen, die man angesichts solcher Ereignisse erwarten müsste.

Darin liegt eine der großen Gefahren unserer Zeit. Dass wir uns nicht nur an die Bilder des Krieges gewöhnen, sondern auch daran, dass militärische Gewalt wieder als legitimes Mittel zur Durchsetzung von Machtinteressen missbraucht wird.

Doch für einen Angriffskrieg und die gewaltsame Verschiebung von Grenzen gibt es keine Rechtfertigung.

Wer Frieden will, darf nicht zulassen, dass das Recht des Stärkeren an die Stelle des Völkerrechts tritt.

Aber auch über die Ukraine hinaus zeigt sich eine Welt, in der Gewalt wieder erschreckend häufig über das Schicksal ganzer Gesellschaften entscheidet.

Im Sudan hat ein verheerender Bürgerkrieg Millionen Menschen in die Flucht getrieben. Hunger, Vertreibung und schwerste Menschenrechtsverletzungen bestimmen dort seit Jahren den Alltag.

Auch der Nahe Osten kommt nicht zur Ruhe. Nach Jahren blutiger Auseinandersetzungen, unzähligen zivilen Opfern und weitreichenden Zerstörungen droht mit den zunehmenden Spannungen um den Iran und im Jemen eine weitere militärische Eskalation, die die gesamte Region erfassen und auf Jahre hinaus neues Leid über die Menschen bringen könnte.

Manche dieser Konflikte beherrschen wochenlang die Nachrichten. Andere verschwinden fast vollständig aus unserer Wahrnehmung.

Aber für eine Mutter, die ihr Kind verliert, macht es keinen Unterschied, ob die Welt hinschaut oder nicht.

Und für ein Kind, das seine Heimat verlassen muss, ist es gleichgültig, welche politischen oder militärischen Interessen für sein Schicksal verantwortlich gemacht werden.

Es verliert sein Zuhause. Seine vertraute Umgebung. Vielleicht seine Eltern; nicht zuletzt seine Zukunft. Und nicht selten auch das Vertrauen darauf, dass es irgendwo auf dieser Welt sicher leben kann.

Meine Damen und Herren,

die zentrale Gedenkstunde des Deutschen Bundestages zum diesjährigen Volkstrauertag steht unter dem Thema „Flucht und Vertreibung“.

Ein Thema, das auch mit der Geschichte unserer Insel eng verbunden ist.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges kamen zahlreiche Flüchtlinge und Heimatvertriebene aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten nach Norderney. Viele stammten aus Schlesien. Sie hatten ihre Heimat verloren, waren oftmals wochenlang unterwegs gewesen und wussten nicht, was sie hier erwarten würde.

Besonders eindrücklich ist ein Ereignis aus dem Winter 1946, vor fast genau achtzig Jahren.

Allein am Heiligabend jenes Jahres kamen mehr als 1.000 Flüchtlinge auf Norderney an.

Mehr als 1.000 Menschen. An einem einzigen Tag. Auf einer Insel, die selbst noch unter den Folgen des Krieges litt.

Der Winter 1946/47 war außergewöhnlich hart. Es fehlte an Lebensmitteln, Brennstoffen und warmer Kleidung. Viele Menschen wurden in ungeheizten Fremdenzimmern, ehemaligen Kasernen und einfachen Notunterkünften, wie im Unterkunftslager am Wasserturm, einem ehemaligen Zwangsarbeiterlager der Organisation Todt, untergebracht.

Im Januar 1947 lebten zeitweise über 2.000 Flüchtlinge auf Norderney. Das entsprach annähernd einem Viertel der damaligen Inselbevölkerung.

Man kann sich vorstellen, was das für unsere Insel bedeutete. Wohnraum war knapp, Lebensmittel mussten geteilt werden, und die Versorgung war ohnehin schwierig.

Es war gewiss keine einfache Zeit. Weder für die Menschen, die hier ankamen, noch für diejenigen, die bereits auf Norderney lebten.

Manche Flüchtlinge verließen die Insel später wieder. Viele aber blieben.

Sie fanden Arbeit, bauten sich eine Existenz auf, gründeten Familien und wurden Teil unserer Gemeinschaft.

Nicht wenige waren damals noch Kinder. Sie sind hier aufgewachsen, haben auf Norderney ihre Heimat gefunden und unsere Insel über Generationen hinweg mitgeprägt.

Ihre Kinder und Enkel leben heute unter uns. Ihre Familien gehören ganz selbstverständlich zu Norderney.

Was damals mit Flucht, Verlust und großer Ungewissheit begann, ist längst Teil sowohl unserer gemeinsamen Inselgeschichte als auch der Gegenwart geworden.

Daran sollten wir auch denken, wenn heute über Flucht und Vertreibung gesprochen wird.

Natürlich müssen wir über Aufnahmefähigkeit, Integration und die Grenzen unserer Möglichkeiten diskutieren. Das sind berechtigte Fragen, auf die eine Gesellschaft Antworten finden muss.

Aber wir sollten dabei niemals vergessen, dass hinter jeder Flucht ein Mensch steht, der seine Heimat nicht freiwillig verlassen hat.

Unsere eigene Geschichte sollte uns zumindest davor bewahren, vorschnell über das Schicksal anderer zu urteilen.

Meine Damen und Herren,

aus der Geschichte zu lernen, bedeutet allerdings nicht nur, sich an das Leid vergangener Generationen zu erinnern.

Es bedeutet auch, sich den Herausforderungen der eigenen Zeit zu stellen – selbst dann, wenn die notwendigen Antworten unbequem sind. Und genau vor solchen Herausforderungen stehen wir heute.

Unsere Bundeswehr soll wieder wehrfähig werden, Abschreckung und militärische Stärke bestimmen zunehmend die sicherheitspolitische Debatte. Gleichzeitig rücken der Zivilschutz, die Absicherung kritischer Infrastrukturen und die Vorsorge für mögliche Krisensituationen stärker in den Mittelpunkt und beschäftigen inzwischen sogar kleinere Kommunen, wie auch uns auf Norderney.

Hinzu kommt die wachsende Bedrohung durch die sogenannte hybride Kriegsführung, die längst auch unseren Alltag erreicht hat. Cyberangriffe, Sabotage und gezielte Desinformation. Bedrohungen, die nicht erst mit einem militärischen Angriff beginnen und längst Teil unserer sicherheitspolitischen Wirklichkeit sind.

Gerade am Volkstrauertag stimmt es nachdenklich, dass wir wieder so selbstverständlich über militärische Stärke, Aufrüstung und Verteidigungsbereitschaft sprechen müssen.

Umso wichtiger ist es, dass bei allen Bemühungen um Verteidigungsfähigkeit das eigentliche Ziel nicht aus dem Blick gerät. Kriege zu verhindern, Konflikte friedlich zu lösen und Menschen vor Gewalt und Zerstörung zu bewahren.

Und gerade deshalb muss die Diplomatie auch in schwierigen Zeiten ihren Stellenwert behaupten. Sie darf nicht persönlichen Eitelkeiten, politischen Machtspielen oder dem übersteigerten Geltungsdrang einzelner Staats- und Regierungschefs zum Opfer fallen – Entwicklungen, die wir gegenwärtig leider allzu häufig beobachten.

Doch nicht nur zwischen Staaten geraten bewährte Regeln und Grundsätze zunehmend unter Druck. Auch innerhalb unserer Gesellschaften beobachten wir Entwicklungen, die Anlass zu großer Sorge geben.

Wir erleben seit Jahren mit zunehmender Tendenz, wie demokratische Grundwerte zunehmend infrage gestellt werden. Wie politische Gegner zu Feinden erklärt, Menschen aufgrund ihrer Herkunft ausgegrenzt und demokratische Institutionen verächtlich gemacht werden.

Wir erleben, wie der Ton in der politischen Auseinandersetzung immer schärfer wird und einfache Feindbilder zunehmend mehr Gehör finden als sachliche Argumente. Wo Andersdenkende nur noch als Gegner betrachtet werden, schwinden die Bereitschaft zum

Dialog und die Fähigkeit, einander trotz unterschiedlicher Auffassungen mit Respekt zu begegnen.

Und wir erleben, wie Nationalismus, Menschenverachtung und autoritäre Vorstellungen wieder an Zustimmung gewinnen.

Die Geschichte lehrt uns, dass eine Demokratie nicht erst dann in Gefahr gerät, wenn ihre Institutionen abgeschafft werden.

Sie gerät bereits dann unter Druck, wenn die Achtung vor anderen Menschen schwindet, wenn Lügen und Hetze unwidersprochen bleiben und wenn politische Gewalt zunehmend entschuldigt oder verharmlost wird.

Nicht jede harte politische Auseinandersetzung gefährdet unsere Demokratie. Im Gegenteil. Streit, Kritik und unterschiedliche Meinungen gehören zu ihr.

Aber es gibt eine Grenze zwischen demokratischem Streit und der Verachtung demokratischer Grundwerte.

Diese Grenze müssen wir erkennen. Und wir müssen bereit sein, sie zu verteidigen.

Denn die Erfahrungen unserer Geschichte verpflichten uns nicht dazu, immer einer Meinung zu sein. Sie verpflichten uns aber dazu, die Würde jedes Menschen zu achten und niemals wieder

zuzulassen, dass Menschen nach Herkunft, Glauben oder politischer Überzeugung in wertvoll und weniger wertvoll eingeteilt werden.

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

vielleicht besteht eine der größten Herausforderungen unserer Zeit auch darin, dass wir wieder lernen müssen, mit Unsicherheit zu leben.

Mit der Erkenntnis, dass vieles, was uns über Jahrzehnte selbstverständlich erschien, keineswegs für alle Zeiten gesichert ist.

Wir haben uns daran gewöhnt, in Freiheit zu leben, unsere Meinung sagen zu dürfen, unterschiedliche Überzeugungen zu vertreten und unsere Zukunft selbst gestalten zu können. Das alles ist ein großes Privileg. Und zugleich eine Errungenschaft, deren Wert uns häufig erst dann bewusst wird, wenn sie bedroht ist.

Die Geschichte zeigt uns aber auch, dass es immer Alternativen gegeben hat. Zu Hass und Ausgrenzung, zu Feindschaft und Gewalt. Nicht immer waren diese Wege einfach, nicht immer wurden sie rechtzeitig beschritten. Aber sie waren da.

Darin liegt für mich auch eine hoffnungsvolle Botschaft dieses Tages.

Wir sind den Entwicklungen unserer Zeit nicht vollkommen ausgeliefert. Wir können Haltung zeigen, Widerspruch erheben, Verständigung suchen und dort, wo es möglich ist, Einfluss nehmen. Nicht alles liegt in unserer Hand. Aber weit mehr, als wir manchmal glauben.

Der Volkstrauertag ist deshalb auch ein Tag der Besinnung auf das, was uns als Gesellschaft zusammenhält. Er erinnert uns daran, dass uns trotz aller Unterschiede mehr miteinander verbindet, als uns trennt. Und dass wir gut daran tun, das Gemeinsame nicht aus dem Blick zu verlieren.

Wir sollten diesen Tag nicht mit dem Gefühl verlassen, einer Vergangenheit gedacht zu haben, die mit unserem heutigen Leben nur noch wenig zu tun hat.

Sondern mit dem Bewusstsein, dass die Lehren aus dieser Vergangenheit auch für unsere Gegenwart gelten. Dass Frieden, Freiheit und Menschlichkeit nicht allein von den großen Entscheidungen dieser Welt abhängen, sondern auch davon, welche Haltung wir selbst einnehmen.

Denn der eigentliche Wert unserer Erinnerung zeigt sich nicht darin, wie eindringlich wir über die Vergangenheit sprechen, sondern darin, was wir aus ihr für die Zukunft machen.

Und genau deshalb brauchen wir den Volkstrauertag. Heute und auch in den kommenden Jahren.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und bitte Sie, gemeinsam mit mir einen Moment der Stille zu halten, um aller Menschen zu gedenken, die durch Krieg und Gewalt ihr Leben verloren haben.

(Musikstück)

Meine Damen und Herren,

wir gehen nun gemeinsam zum Ehrenfriedhof, um dort Kränze niederzulegen und um der Opfer der früheren und leider noch aktuellen Kriege zu gedenken. Ich würde mich freuen, wenn Sie uns dahin noch kurz begleiten möchten.

Zum Abschluss unseres heutigen Gedenkens möchte ich noch kurz auf etwas eingehen, das mich besonders freut und das ich für ausgesprochen wichtig halte.

Im vergangenen Jahr haben sich erstmals Schülerinnen und Schüler der KGS Norderney aktiv an unserer Gedenkveranstaltung beteiligt. Dass wir dies heute fortsetzen können, ist eine schöne und keineswegs selbstverständliche Sache.

Auch in diesem Jahr haben sich Schülerinnen und Schüler im Wahlpflichtkurs Geschichte intensiv mit dem Ende des Zweiten Weltkrieges beschäftigt und dabei insbesondere die Ereignisse

hier auf Norderney in den Blick genommen. Sie werden gleich an den Gräbern das Totengedenken sprechen.

Denn eines ist klar: Die Erinnerung an die Opfer von Krieg und Gewalt darf nicht allein Sache der älteren Generationen bleiben. Sie muss auch diejenigen erreichen, die diese Zeit nur noch aus Geschichtsbüchern, Erzählungen oder historischen Dokumenten kennen.

Ich danke daher den Schülerinnen (und Schülern) herzlich für ihre Bereitschaft, dieses Gedenken in diesem Jahr mitzutragen – als Zeichen, dass das Erinnern auf Norderney eine lebendige Brücke zwischen den Generationen bleibt. Schön, dass ihr dabei seid.

Mein besonderer Dank gilt der Freiwilligen Feuerwehr, der Reservistenkameradschaft, der DRK-Ortsgruppe und der Bläsergruppe Norderney – und im besonderen Maße auch den Schülerinnen (und Schülern) der KGS Norderney für ihr Mitwirken.